

Presseverlautbarung der Außenminister der Sechs (Brüssel, 12. Februar 1956)

Legende: Am 11. und 12. Februar 1956 tagen die Außenminister der sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) in Brüssel, um die Fortschritte der Arbeiten hinsichtlich der Vorhaben zum Gemeinsamen Markt und Euratom zu untersuchen. Am Ende der Tagung teilen sie der Presse ihre Schlussfolgerungen mit.

Quelle: Archives historiques du Conseil de l'Union européenne, Bruxelles, Rue de la Loi 175. Négociations des traités instituant la CEE et la CEEA (1955-1957), CM3. Conférence des ministres des affaires étrangères, Bruxelles, 11-12.02.1956, CM3/NEGO/010.

Urheberrecht: (c) Europäische Union

URL:

http://www.cvce.eu/obj/presseverlautbarung_der_au%C3%9Fenminister_der_sechs_brussel_12_februar_1956-de-abee29f6-aoea-44f7-afea-2093d54a9c49.html



Publication date: 05/11/2015

Presseverlautbarung (Brüssel, den 12. Februar 1956)

1. Die Aussenminister der sechs Mitgliedstaaten der Montan-Gemeinschaft sind am 11. und 12. Februar 1956 unter dem Vorsitz von Herrn Paul-Henri Spaak in Brüssel zusammengetreten. An der Konferenz nahmen teil: für Deutschland Herr von Brentano, für Frankreich Herr Pineau, für Italien Herr Martino, für Luxemburg Herr Bech und für die Niederlande Herr Beyen.

2. In seiner Eigenschaft als Präsident des Regierungsausschusses, der von der Messina-Konferenz eingesetzt wurde, hat Herr Spaak seinen Kollegen mündlich über die Arbeitsergebnisse dieses Ausschusses Bericht erstattet.

Er hat die Lösungen dargelegt, die als Grundlage für die Abfassung des Schlussberichts über den gemeinsamen Markt und die europäische Organisation für die Anwendung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken dienen könnten, im Hinblick auf die Abfassung der in der Entschliessung von Messina vorgesehenen Verträge.

3. Hinsichtlich der Errichtung des gemeinsamen Marktes haben die Minister mit Genugtuung von dem Stand der Arbeiten Kenntnis genommen. Diese beschränken sich nicht nur darauf, die Etappen und Verfahren zu umreissen, vermittels deren die Behinderungen des Handelsverkehrs im Hinblick auf die Gründung einer Zollunion unter den erforderlichen Vorsichtsmassregeln beseitigt werden, sondern sie sehen die Methoden für die Harmonisierung und Koordinierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie für einen gegenseitigen Beistand der Regierungen vor. Ihr Ziel ist schliesslich, auf Betreiben der geeigneten Organe die volle Nutzung der europäischen Hilfsquellen durch die Schaffung eines Anpassungsfonds, eines Investitionsfonds und die schrittweise Liberalisierung des Verkehrs der Arbeitskräfte zu fördern.

4. Die Arbeiten des Regierungsausschusses haben die Notwendigkeit und die Dringlichkeit bestätigt, eine gemeinsame europäische Organisation auf dem Atomsektor zu schaffen.

Die Sachverständigen schlagen vor, dieser Organisation folgende Funktionen zu übertragen: die Forschung und den Informationsaustausch zu fördern, die erforderlichen gemeinsamen Anlagen zu schaffen, die Versorgung der Industrie mit Atomerzen und -brennstoffen sicherzustellen, eine wirksame Kontrolle des Kernmaterials einzuführen, den freien Austausch der Erzeugnisse und Ausrüstungen der Atomindustrie sowie den freien Verkehr der Spezialisten herbeizuführen.

5. Die Ausrichtung der Arbeiten sowohl auf dem Gebiet des gemeinsamen Marktes als auch auf dem Gebiet der Atomenergie fand allgemeine Zustimmung.

Die Minister haben dem Regierungsausschuss die erforderlichen Richtlinien für die Fertigstellung seines Schlussberichts in möglichst kurzer Frist erteilt.

6. Die Minister haben erneut bekräftigt, dass ihre Politik nicht die Aufstellung eines autarken Systems sondern eine möglichst enge Zusammenarbeit mit allen Staaten anstrebt, die bereit sind, sich ihnen im Hinblick auf die Verfolgung der gleichen Ziele anzuschliessen.

In diesem Geiste haben die Minister die Einstellung ihrer Regierungen zu den Arbeiten der OEEC geprüft. Sie haben betont, dass die Entschlossenheit der Sechs, untereinander engere Formen der Zusammenarbeit zu schaffen, als sie die OEEC verwendet, durchaus mit den Bemühungen vereinbar ist, die in dem umfassenderen Rahmen dieser Organisation verfolgt werden.

7. Die Minister haben beschlossen, ihre nächste Tagung sofort nach der Vorlage des Schlussberichts, die für den 15. März vorgesehen ist, abzuhalten.